

5.3.1933: „Gegen Hitler-Papen! Gegen Gewalt! Terror! Autarkie-Wahn!“ Sie bezeichneten die Nazis zudem als „Tofteinde der Demokratie!“, deren Wahl bedeutete „Selbstmord“.

Nicht nur in den Texten, auch bei den Abbildungen, die den Artikeln der „Traeger“-Kritiker beigelegt sind, wird den Lesenden dessen Nähe zu rechten Positionen suggeriert.

Irreführend ist im Hinblick auf M. Traeger und die Hamburger Liberalen z.B. das von B. Nette u.a. in der HLZ veröffentlichte Plakat mit der Forderung nach einem Ende der Entnazifizierung. Auch hier wird wieder eine Nähe M. Traegers zur behaupteten „Renazifizierung“ suggeriert. Und wieder verschweigen die Kritiker dabei eine ihnen bekannte Tatsache. Denn tatsächlich war es gerade die Hamburger FDP, die im Gegensatz zu anderen Landesverbänden innerhalb der Gesamtpartei of-

fensiv dafür eintrat, die Entnazifizierung bis zur Erledigung aller Fälle durchzuführen.

Aber zur Stützung der These von einer Renazifizierung war es wohl zu verführerisch, (auch) hier den Stand der historischen Forschung auszublenden. Unter dem Vorsitzenden Traeger sprach die „Gesellschaft der Freunde“ sich zwar für eine „Jugendamnestic“, aber nicht gegen die Entnazifizierung, sondern im Gegenteil für deren Beschleunigung aus.

Ein Exempel für eine gewisse Unbelehrbarkeit mancher Kollegen bietet die von ihnen (im Anschluss u.a. an U. Schmidt vom DL) immer wieder behauptete Möglichkeit einer Alternative zur Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“. Dazu führen sie unverdrossen das Beispiel des „Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverbandes“ (ADLV) an, der 1933 angeblich eine Gleichschaltung „verweigerte“

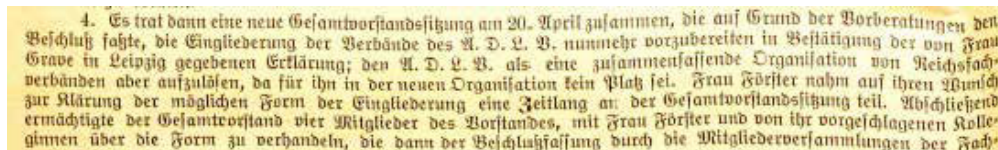
und sich angeblich gegen den Willen der Nazis auflöste. Mutig waren die Frauen zweifellos, aber unsere Kollegen wissen seit langem, dass die Selbstauflösung des ADLV (und in Hamburg von acht weiteren Lehrervereinen!) Absprachen (seit dem 8.4. 1933) mit den Nazis und deren Vorgaben folgte.

Bereits am 20. April 1933 sah der ADLV sich gezwungen, einen Eintritt seiner Teilverbände in den NSLB vorzubereiten, „die zusammenfassende Organisation aber aufzulösen.“ Die Nazis hatten auch an einer gleichgeschalteten Frauenorganisation wie dem ADLV kein Interesse. Eine eigenständige Selbstauflösung auch der „Gesellschaft“ und ihrer Unterorganisationen hatten Nazis hingegen als „unmöglich“ ausgeschlossen.

JÖRG BERLIN

Weitere Informationen:

berlin.joerg@hamburg.de



4. Es trat dann eine neue Gesamtvorstandssitzung am 20. April zusammen, die auf Grund der Vorberatungen den Beschluss fasste, die Eingliederung der Verbände des A. D. V. nunmehr vorzubereiten in Befolgung der von Frau Grabe in Leipzig gegebenen Erklärung; den A. D. V. als eine zusammenfassende Organisation von Reichsfachverbänden aber aufzulösen, da für ihn in der neuen Organisation kein Platz sei. Frau Förster nahm auf ihren Wunsch zur Klärung der möglichen Form der Eingliederung eine Zeilung an der Gesamtvorstandssitzung teil. Abschließend ermächtigte der Gesamtvorstand vier Mitglieder des Vorstandes, mit Frau Förster und von ihr vorgeschlagenen Kolleginnen über die Form zu verhandeln, die dann der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlungen der Fach-

„Den ADLV als eine zusammenfassende Organisation aber aufzulösen.“ Aus dem Geschäftsbericht der Vorsitzenden des ADLV, Emmy Beckmann, vom 7.5.1933

VERBANDSGESCHICHTE 3

„Blinde Flecken“ werden erforscht

Forschungsprojekte zur Gleichschaltung und zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen auf den Weg gebracht

Die Geschichte der GEW Hamburg ist zum Teil intensiv beforscht und dabei erinnerungspolitisch auch heftig umstritten. Zugleich existieren aber auch

noch „blinde Flecken“, die wenig erforscht und (fast) vergessen sind. Dies nimmt der Landesverband zum Anlass, zwei Forschungsprojekte auf den Weg

zu bringen. Eines beschäftigt sich mit der Gleichschaltung der GEW-Vorläuferorganisation Gesellschaft der Freunde 1933, ein weiteres mit der Rolle der GEW Hamburg bei den Unvereinbarkeitsbeschlüssen im Kontext der Berufsverbote in den 1970er Jahren.

Forschungsauftrag zur Gleichschaltung der Gesellschaft der Freunde (GdF)

Im Kontext der Diskussionen um die Rolle Max Traegers, des ersten Bundesvorsitzenden sowie Vorsitzenden der Gesell-

schaft der Freunde und der GEW Hamburg, hatte der Landesverband bereits 2017 beschlossen, sich mit weiteren Fragen zu eigenem Geschichte zu beschäftigen. Eine dieser Fragestellungen ist, ob die Gleichschaltung der Gesellschaft der Freunde 1933 eine ‚zwangsweise‘ war, wie es auf einer Tafel der Kulturbehörde am Curiohaus steht.

Dieses Projekt wurde nun in Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen der Kulturbehörde für Gedenkkultur, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte an der Uni Hamburg sowie engagierten GEW-Mitgliedern auf den Weg gebracht.

Übergeordnet ist die Frage, ob der Tafeltext auf Grund der Forschung seit ca. 2003 neu zu bewerten ist. Beforscht wird, wie sich die GdF und ihr Vorstand in der Weimarer Republik und im Prozess der Gleichschaltung im Vergleich mit anderen Hamburger Lehrerverbänden bzw. Gewerkschaften gegenüber der NS-Ideologie und NS-Politik verhielten.

Als Forscher konnten wir Dr. Marcel Bois gewinnen. Marcel Bois ist assoziierter Wissenschaftler an der Forschungsstelle

für Zeitgeschichte in Hamburg. Er promovierte am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind Historische Kommunismusforschung, Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen. Die Arbeit soll bis Anfang 2019 vorliegen. Auf Grundlage der Forschungsarbeit werden wir in Diskussionsveranstaltungen wie auch in den Gremien darüber reden, ob und welche Schlüsse wir daraus ziehen.

Forschungsprojekt zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der GEW Hamburg

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren ein Ergebnis von politischen Konflikten innerhalb der GEW und führten zum Abschluss von Mitgliedern kommunistischer Parteien. Bei der Veranstaltung „45 Jahre Berufsverbote“ 2017 haben wir festgestellt, dass das Thema Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg weder ausreichend beforscht ist noch zur Vita der Betroffenen Arbeiten vorliegen. 25 Kolleg_innen waren damals betroffen. Einerseits hat sich die GEW bereits für ihr Verhalten

damals entschuldigt, andererseits steht eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas noch aus.

Nun wurde ein Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, das aufarbeiten soll, wie die GEW Hamburg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen umging. Welche Gruppen waren betroffen? Reichte die Mitgliedschaft oder war das konkrete Verhalten ausschlaggebend? Wie sah der weitere Lebensweg der Betroffenen aus? Hier werden wir als Landesverband versuchen, auch Kontakt zu diesen Personen zu bekommen.

Als Forscherin konnten wir Alexandra Jaeger gewinnen. Alexandra Jaeger hat vor kurzem ihre Dissertation zum Thema „Berufsverbote in Hamburg“ eingereicht und das Promotionsverfahren abgeschlossen. Sie arbeitete im Fachbereich Geschichte an der Uni Hamburg. Die Arbeit soll bis Ende 2018 vorliegen und wir werden dann eine Veranstaltung durchführen.

ANJA BENSINGER-STOLZE,
FREDRIK DEHNERDT,
SVEN QUIRING

Sprechstunde zu Fragen der Berechnung der Arbeitszeit (KSP) für GEW-Mitglieder in schulischen Personalräten wird fortgesetzt

Die GEW bietet zum Thema KSP/Lehrer_innenarbeitszeit (Wochenstunden-Bilanz) auch eine Sprechstunde an. In der KSP-Sprechstunde soll den GEW-Mitgliedern in den Personalräten die Möglichkeit geboten werden, die aus der jeweiligen Schule vorliegenden KSP-Unterlagen zu analysieren, zu erläutern und Fragen zu klären bzw. zu formulieren.

Die Sprechstunde wurde bis 2017 von Hans Voß durchgeführt, dem wir an dieser Stelle ganz herzlich für seine Arbeit danken! Im neuen Jahr wird die Sprechstunde von Petra Demmin übernommen, worüber wir uns sehr freuen. Petra war Schulleiterin an der Heinrich-Wolgast Schule.

Die nächsten Termine sind (jeweils 15-17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle): Di. 03.04.2018, Di. 15.05.2018, Di. 05.06.2018

Da die Analyse einzelner KSPs u. U. zeitintensiv sein kann und um längere Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir um eine Email-Anmeldung unter ksp@gew-hamburg.de.

